

**AUSZUG AUS DEM  
WORTPROTOKOLL**

**der 40. Sitzung der  
XIX. Gesetzgebungsperiode  
des  
Burgenländischen Landtages**

---

***Mittwoch, 19. November 2008***

***10.08 Uhr - 19.44 Uhr***

## Tagesordnung

1.

2. *Burgenländisches Gesundheitswesengesetz, Änderung*

3.

4.

5.

6.

7.

8.

**2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 976), mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz geändert wird (Zahl 19 - 597) (Beilage 982)**

**Präsident Walter Prior:** Ich ersuche nun Herrn Landtagsabgeordneten Werner Brenner um seinen Bericht zum 2. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 976, mit dem das burgenländische Gesundheitswesengesetz geändert wird, Zahl 19 - 597, Beilage 982.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Werner Brenner:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das burgenländische Gesundheitswesengesetz geändert wird, in ihrer 32. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 12. November 2008, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den Gesetzentwurf, mit dem das burgenländische Gesundheitswesengesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsident Walter Prior:** Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich der Frau Abgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier das Gesundheitswesengesetz vorliegen und es geht in erster Linie um eine legistische Anpassung aufgrund der 15a-Vereinbarung, die wir hier am 15. Feber im Landtag beschlossen haben.

Was vielleicht ein bisschen eigenartig anmutet, dass dieses Gesetz jetzt rückwirkend mit 1. Jänner 2008 in Kraft tritt. Das heißt zu einem Zeitpunkt, wo nicht einmal

noch die 15a-Vereinbarung, die Grundlage, beschlossen wurde. Da waren wir wahrscheinlich wieder ein bisschen spät dran mit dem Gesetz.

Ich möchte die Gelegenheit dazu nutzen, um eine Kritik anzuwenden, nämlich dass hier wieder ein kleines Teilproblemchen in der Gesundheitspolitik angegangen wird, gelöst wird. So wie das auch in der Vergangenheit der Fall war, dass eigentlich nur Teilprobleme gelöst werden und die Gesundheitspolitik seit langem eine Baustelle ist, die sehr zu wünschen übrig lässt.

Alle bisherigen Maßnahmen, die im Gesundheitsbereich gesetzt wurden, sind weit weg von einer notwendigen großen Gesundheitsreform. Schon die vorherige Regierung, oder die noch im Amte verbliebene Regierung, die von Stillstand in allen Bereichen gekennzeichnet war, hat keine Gesundheitsreform auf die Beine gestellt.

Auch in diesen Koalitionsverhandlungen, die offenbar diesen Stillstand in allen Bereichen, so wie auch im Gesundheitsbereich, prolongieren, zeigen bereits, dass auch in der nächsten Legislaturperiode keine Gesundheitsreform zu erwarten ist.

Da möchte ich vielleicht doch sagen, dass nachdem SPÖ und ÖVP auf Bundesebene, so wie hier auch auf Landesebene, ständig mit sich selbst beschäftigt sind, ständig damit beschäftigt sind, sich gegenseitig das „Haxel“ zu stellen und ständig damit beschäftigt sind, sich mit ihren eigenen Problemen intern zu befassen.

Ich möchte nur daran erinnern, dass der Minister Pröll jetzt sozusagen durch die Lande reist um seine eigenen Leute hinter sich zu vereinen, anstatt sich um die Probleme dieses Landes zu kümmern. *(Abg. Paul Fasching: Geh, geh, geh.)*

Nämlich die Probleme, wie zum Beispiel die Post, oder auch die maroden Krankenkassen sind seit Jahren bekannt, seit Monaten sind sie so zu sagen Top vorne an der Krisensituation und was hat man gemacht? Heute erst hat der Minister Molterer zu einem Gespräch eingeladen, wo es um die Post geht. Obwohl wir wissen, dass Faymann und Molterer seit Feber voll informiert sind über diese Geschichte, trifft man sich erst heute. Hat man ja keine Zeit gehabt.

Man hat ja auch keine Zeit gehabt, die Gesundheitsreform durchzuführen. Seit mehr als 40 Jahren wird darüber diskutiert und da haben wir alle Regierungen sämtlicher Couleurs gehabt, wie das Gesundheitssystem effizient und straff organisiert werden soll. Vorschläge von den Experten und Expertinnen gibt es genug, ich glaube die sind allen bekannt. Auch die Auflistung der prioritären Mängel im Gesundheitsbereich sind allen bekannt.

Erst gestern hat sich der Rechnungshofpräsident Moser zu Wort gemeldet und hat über die Strukturreformen in der Verwaltung gesprochen. Verwaltungsreform haben wir ja gehört, unser Herr Landeshauptmann hat ja führend, so wie beim letzten Mal bei der Bildungsarbeitsgruppe, hier bei der Verwaltungsarbeitsgruppe mitgearbeitet, mit dem Ergebnis wie beim letzten Mal, null.

Hier sieht er irgendwie kein besonderes Einsparungsergebnis. *(Abg. Vinzenz Knor: Das ist nicht wahr.)* Die Abschaffung der Bezirksschulräte wird wohl unsere Verwaltung nicht retten können.

Rechnungshofpräsident Moser spricht von einem Sparpotential im Spitalsbereich von zwei bis drei Milliarden Euro. Offensichtlich fehlt der politische Wille und er sagt auch, dass die Kosten im Gesundheitsbereich jedes Jahr um sechs Prozent steigen. Auch andere Experten und Expertinnen üben Kritik. So gebe es zum Beispiel zu viele Spitäler, nur wenige Kilometer oft voneinander entfernt, die ein und dieselbe Leistung anbieten.

Als Paradebeispiel, und auch das können wir im „Profil“ der vergangenen oder dieser Woche lesen, das Interview mit dem Herrn Landeshauptmann, der ja unsere Spitäler in Stein gemeißelt hat, das Paradebeispiel nämlich von nicht vorhandener Effizienz wird immer wieder erwähnt, die beiden Spitäler Kittsee und Hainburg.

Würde man laut Experten und Expertinnen in einem der Krankenhäuser die chirurgische Abteilung ansiedeln, das ist wie gesagt nicht meine Meinung, sondern die der Experten und Expertinnen, und sich dafür im anderen Bereich auf den Bereich der internen Medizin konzentrieren, könnten 7,5 Millionen Euro laut Experten eingespart werden.

Ich erinnere mich schmerzhaft an die Diskussion und an die Schließung der Geburtenstation in Güssing. So kann es natürlich nicht gehen, dass man einerseits etwas zusperrt ohne Alternativen anzubieten. Und eine Gesundheitsreform muss sich ja anschauen, in welchem Kontext so eine Spitalsreform stehen würde und was so zu sagen an Grundinfrastruktur dann notwendig wäre. Und da gibt es viele Beispiele.

Es gibt das Beispiel, der Vorschlag der Entlastung der teuren Ambulanzen durch den niedergelassenen Bereich, konkret durch so genannte Gruppenpraxen. Eine Idee, die zuvor schon viele Gesundheitsminister und -ministerinnen hatten. Damit wäre viel Geld einzusparen.

In Deutschland schließen sich immer mehr Ärzte zusammen, zum Beispiel in Ärztehäusern bis zu 50 Ärzte und Ärztinnen, die rund um die Uhr offen haben und nur selten in Spitäler überweisen müssen, weil sie eben die notwendige Kompetenz für viele Routineeingriffe dort auch haben.

Auch die viel zu teuren Akutbetten werden vom Rechnungshof kritisiert, der die kostengünstigeren Rehabilitationsbetten einfordert.

Kritisiert werden auch sehr häufig die unnötigen Mehrfach-Untersuchungen und Österreich sollte längst umsteigen, nach dem internationalen Vorbild, auf das sogenannte „Managed Care“.

Eine weitere Einsparung sehen Experten und Expertinnen in Tageskliniken, die eben wie gesagt, diese teuren Routine-Eingriffe, die in Österreich noch immer größtenteils in Spitälern durchgeführt werden, durchführen, so wie dies in Kanada erfolgt ist.

Das heißt, viele Vorschläge liegen auf dem Tisch, viele konkrete Vorschläge, es ist bis heute nicht gelungen, einen einzigen dieser Vorschläge auch nur umzusetzen.

All diese Reformvorschläge, versichern die Experten und Expertinnen, würden den Patienten und Patientinnen nützen. Behandlungen würden nicht nur günstiger, sondern auch rascher und effizienter durchgeführt.

Eines würden diese Reformen auch allemal bedeuten, und hier liegt wahrscheinlich auch das politische Problem, alle diese Modelle würden für die einzelnen Beteiligten einen Verlust ihrer Machtinteressen bedeuten und deshalb geschieht in dieser Hinsicht nichts.

Wir haben es erlebt. Der letzte Versuch ein Teilchen der Gesundheitsreform zu machen, ist am Widerstand der Ärzte gescheitert.

Wenn wir heute vom Konjunkturpaket sprechen werden, dann sprechen wir deshalb von dem, weil wir in einer großen Finanzkrise stecken und eine schwache Wirtschaftsentwicklung prognostiziert haben. Das wird natürlich die Belastungen des Gesundheitssystems noch weiter erhöhen.

Gestern im „Report“, wer ihn gesehen hat, hat schon die Interviews gehört mit jenen, die sich im Bereich des Magna-Konzernes angesiedelt haben, oder bei den

Zulieferbetrieben und die neue Häuser gebaut haben und jetzt ohne Job oder mit Kurzarbeit da stehen.

Das heißt Arbeitslosigkeit, Frühpensionierungen, Kurzarbeit bedeuten weniger Erwerbseinkommen, das bedeutet aber ganz konkret weniger Beiträge zur Sozialversicherungen und das bedeutet letztendlich eine Belastung, eine stärkere, der öffentlichen Haushalte. Unsere Befürchtungen sind es, dass es dadurch zu einer schleichenden Verschlechterung des Zugangs zur Versorgung kommt.

Was hat man in der Vergangenheit aber getan, wie hat man auf solche Dinge reagiert? Erhöhung der Selbstbehalte oder aber auch das die Sozialversicherung bestimmte Leistungen nicht mehr abdeckt. Jeder der zum Zahnarzt gehen muss, oder eine Brille braucht, weiß, wovon ich spreche.

Die Erwartungen in die Koalitionsverhandlungen auf eine Gesundheitsreform sind Null. Die Arbeitsgruppe die eine Gesundheitsreform aushandeln soll, an der die noch amtierende Regierung gescheitert ist, hat kaum Ergebnisse gebracht.

Für die maroden Krankenkassen soll es zwar frisches Geld geben, um deren Schulden auf das erste zu tilgen, nachhaltige Lösungen stehen aber aus.

Das gesamte Gesundheitssystem macht derzeit negative Schlagzeilen. Josko bist Du so lieb, gibst Du mir das „Profil“. *(Der Abg. Mag. Josko Vlasich bringt der Abg. Maga. Margarethe Krojer die Zeitschrift.)*

Der Wiener Journalist Hans Weiss hat in seinem vorige Woche erschienen Buch „Korrumpierte Medizin“ die Tricks aufgezeigt, welche die Pharmaindustrie anwendet, um ÄrztInnen für ihre Zwecke einzuspannen. Als Beispiel, Herr Landesrat, wird hier auch die HPV-Impfung angeführt. Ich darf die Wiener Gesundheitswissenschaftlerin Claudia Wild zitieren über käufliche Medizin, Grenzen der Einflussnahme und die Rolle der öffentlichen Hand.

Sie sagt sie: „In der Vorwoche war eine Bezirksärzteveranstaltung zum Thema HPV-Impfung. Wer hat sie gesponsert? Richtig, eine Pharmafirma. Die Impfstoffherstellerfirma. Nachher gibt es ein hübsches Büffet. Ich war jetzt gerade bei der Public Health Konferenz in Lissabon. Wer hat sich dort eingekauft? Wieder dieselbe Pharmafirma mit einem halbtägigen Workshop zur HPV-Impfung.“

Profil fragt: „Aber ist das nicht legitim, dass die Pharmaindustrie ihre Produkte vermarktet?“ Frau Dr. Wild sagt darauf: „Natürlich ist das legitim. Den Vorwurf muss man Entscheidungsträgern und Ärzten machen.“ Das sind akademisch gebildete Geister. Sie sollten ein bisschen weniger naiv sein und erkennen, dass sie eingekauft werden und nur positive Informationen serviert bekommen.

Sie haben nicht gelernt, kritische Fragen zu stellen. Dazu ist es höchste Zeit. Dass die Pharmaindustrie ihrerseits alles tut, um sich den Markt zu erobern, ist klar. Ich darf ich nur darauf hinweisen, dass auch über das Amt der Landesregierung und über den Landesschulrat die Direktorinnen der burgenländischen Schulen eingeladen wurden, sich über die HPV-Impfung zu informieren. Wer hat informiert? Die Firma! Unter anderem die Firma Sanofi, die damit Milliarden verdienen wird.

Im Jänner 2006 wurde im Journal der amerikanischen Ärztevereinigung „JAMA“ der Bericht einer Arbeitsgruppe hochrangiger US-Mediziner folgendes veröffentlicht: Die Verbindungen zwischen der Pharmaindustrie und den Ärzten bedeuten eine ernsthafte Bedrohung für die seriöse Medizin und für das Vertrauen, dass Patienten in Ärzte haben. Sie höhlen die Integrität der wissenschaftlichen Medizin aus und schädigen Patienten.

In diesem Bericht fordern die Autoren, darunter ein ehemaliger Herausgeber des „New England Journal of Medicine“ und der Vorsitzende des Verbandes aller Medizinuniversitäten der USA, ein striktes Verbot von Geschenken an Ärzte. Zulässige Toleranz: Null.

„Wenn wir ehrlich mit uns sind, wissen wir, dass es nichts umsonst gibt“, hat der ärztliche Direktor der psychiatrischen Universitätsklinik Basel im Vorjahr im Fachblatt "Psychiatrische Praxis" geschrieben. „Zu glauben, dass das allgegenwärtige Sponsoring zu einer unabhängigen Meinungsbildung von uns Ärzten beiträgt, ist Traamtänzerie. Das Ziel der Gewinnmaximierung konkurriert zwangsläufig mit dem Ziel des medizinischen Fortschritts und, was wichtiger ist, mit dem Patientenwohl.“

Ich möchte mich hier nicht weiter auslassen über dieses Buch. Wir finden in diesem Buch auch sehr deutlich aufgelistet, wie viel Geld in Ärzte von den Pharmakonzernen fließt. Auf die Frage: Warum Medikamente so teuer sind, möchte ich die HPV-Impfung als Beispiel nehmen. Bei uns kostet sie über 600 Euro. In Amerika kostet sie die Hälfte.

„Weil soviel in Forschung und Entwicklung investiert wird“, wird sehr oft als Erklärung gegeben. Dieser Preisunterschied ist zum Beispiel nicht gerechtfertigt. „Bei internen Treffen“, so schreibt auch Weiss in seinem Buch, „wird offen kritisiert, dass es der Branche an Innovationskraft mangelt und dass Vieles, was unter dem Level „Forschung und Entwicklung“ firmiert, in Wirklichkeit Marketingmaßnahmen sind, die nur den Zweck haben, den Gewinn der Konzerne weiter in die Höhe zu treiben.“

Laut einer Studie bezahlen große Konzerne weltweit bis zu 16.000 Ärzte dafür - und einzig nur für das - dass sie die Firmenbotschaften verbreiten. Im Durchschnitt sind es pro Firma 259, sagt Weiss in seinem Buch. Das heißt, die Pharmakonzerne geben im Jahr im Schnitt 61 Millionen Dollar nur für dieses „Opinion Leader Management“ aus. Manche Konzerne sogar bis zu 300 Millionen Dollar.

Dann ist es nicht verwunderlich, wenn ganze Staaten sozusagen Empfehlungen geben, gewisse Impfungen durchzuführen. Wenn dann nur mehr die Vorteile argumentiert werden und über die Nachteile überhaupt kein Wort vorhanden ist. Es gibt deutsche Broschüren, ich habe eine zugeschickt bekommen, wo auch über die HPV-Impfung informiert wird. Es ist sicherlich für jeden Einzelnen extra zu klären, ob man das tun will oder nicht.

In dieser Broschüre steht eine Information, die ausschließlich darauf beruht, die Vor- und Nachteile dieser Impfung darzulegen. Dass es nicht nur Vorteile gibt, wissen wir alle ganz genau.

Was ich damit sagen möchte ist, dass es hier ein großes Versagen von Seiten der Politik gibt. Nämlich, wenn ich jetzt nur den Hinblick auf diese Finanzkrise, in der wir uns heute befinden, machen möchte, wo man über Jahre alle schalten und walten ließ, wie es beliebt. Genauso tut man es hier. Man lässt die Pharmakonzerne schalten und walten und es stellt sich die Frage: Warum zum Beispiel die Europäische Zulassungsbehörde für Arzneimittel zu zwei Drittel von der Pharmaindustrie finanziert wird?

Ich meine, da macht man ja bitte den Bock zum Gärtner. Es ist ja ganz klar, dass dort entscheidend ist, wer sozusagen die meiste Kohle in das Geschäft hineinschmeißt, auch den höchsten Erfolg hat. Warum hat die Europäische Union bis jetzt kein Interesse gehabt etwas in pharmaunabhängige Studien zu investieren?

Das heißt, hier haben wir einen großen Markt der, meiner Meinung nach, sehr, sehr stark von Marketingmaßnahmen abhängig ist, sehr stark von der Pharmaindustrie, die mit diesen Produkten Milliarden Gewinne macht. Das ist keine Gesundheitspolitik!

Zurück zu unseren Problemen. Zurück zum 2. Tagesordnungspunkt, zum Bericht des PatientInnenanwalts. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal erinnern, dass die SPÖ in der letzten Landtagssitzung gegen den Widerstand aller anderen hier vertretenen Parteien, den Patientenanwalt auch zum Behindertenanwalt gemacht hat.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Behinderte nicht krank sind und dass offensichtlich noch immer nicht die Bedürfnisse der behinderten Menschen verstanden werden.

Die Frau Kollegin Benkö hat das damals sehr eindrucksvoll gesagt - ich wollte es eigentlich nicht so sagen, aber sie hat Recht. Obwohl es eine eigene Anwaltschaft für Tiere und für die Umwelt gibt, hat man das den Behinderten verwehrt.

Die Aufgaben eines Behindertenombudsmannes, einer Ombudsfrau, gehen nämlich weit über die Behandlung von Beschwerden hinaus. Es geht dabei auch um die Information darüber, was den Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Behinderungen gesetzlich zusteht und um eine aktive Unterstützung bei der Geltendmachung von gesetzlichen Ansprüchen.

Es geht dabei auch um die Unterstützung beim Kontakt mit den Behörden und öffentlichen Einrichtungen und es geht auch - was aus unserer Sicht ganz, ganz wichtig ist - um die Beratung bei der Umsetzung der Bauvorschriften, um die gesetzliche Barrierefreiheit sicher zu stellen. *(Abg. Willibald Stacherl: Kann das der Gesundheitsanwalt nicht machen? Glauben Sie nicht, dass er dazu fähig ist?)*

Das kann man. Also wenn der Gesundheitsanwalt das machen kann, dann war er bis jetzt weit unterbeschäftigt. Wenn man den Bericht anschaut, *(Abg. Willibald Stacherl: Wenn er zusätzliches Personal braucht, bekommt er es!)* dann glaube ich nicht, dass er unterbeschäftigt war.

Der PatientInnenanwalt kümmert sich in erster Linie um die Beschwerden von PatientInnen über Krankenanstalten, über ÄrztInnen und über Sozialversicherungsträger. Es geht klar hervor, *(Abg. Willibald Stacherl: Er macht keine Untersuchungen. Es geht um die gesetzlichen Dinge!)* was sein Tätigkeitsbild ist.

Bei den Behinderten geht es ja um viel mehr, als nur um das Nachgehen von Beschwerden in verschiedenen Einrichtungen. Da geht es um viel mehr. Aber offensichtlich gibt es hier kein Verständnis dafür. *(Abg. Willibald Stacherl: Die Gemeinden machen mehr für die Behinderten, als Sie sich vorstellen können!)*

Er macht auch Rechtsberatungen und Beurkundungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Patientenverfügungen. Ich möchte noch einmal ein Beispiel sagen. Dass zum Beispiel bei der Umsetzung der barrierefreien Bauvorschriften die Gemeinden offensichtlich nicht informiert sind und auch die Bausachverständigen sich nicht auskennen, was ihre Aufgaben und ihre Pflichten sind, denn sonst könnten nicht solche Dinge passieren, wie sie in der Realität passieren. *(Beifall der Abg. Ilse Benkö)*

Ich kann Ihnen auch gerne die Beispiele einzeln bringen. Ich will das hier aber nicht. Ich will ganz bewusst nicht, hier jemanden an den Pranger zu stellen. Aber diese Dinge gibt es und da muss man sich schon fragen, ob die in der Pendeluhr schlafen. Das heißt, es gibt eine ganze Reihe von Versäumnissen und es gibt niemanden, der sich um diese Versäumnisse kümmert.

Wohin kann ich mich wenden, wenn die Rampe in ein öffentliches Gebäude 15 Prozent beträgt? Wo kann ich mich beschweren? Wo kann ich hier das Recht für die Behinderten einfordern? Wo kann sich einer, der nur im Sturzflug mit dem Rollstuhl

hinunterfahren kann, beschweren? Gut, solche Dinge dürften überhaupt nicht passieren, im Vorfeld sollte das verhindert werden.

Insgesamt gab es im Jahr 2007 gegenüber 2006 eine leichte Steigerung der Beschwerdeakten. Ich habe auch einen Blick in den älteren Bericht geworfen. Dabei ist mir aufgefallen, dass die Beschwerdeakten insgesamt zurückgegangen sind. Es gibt im Bericht keine Erklärung, warum das so ist. Das kann jeder selber interpretieren, wie das auch bei Statistiken regelmäßig getan wird.

Die Beschwerden über Krankenanstalten haben sich reduziert. Was sehr stark auffällt ist, dass die Beschwerden über freiberufliche ÄrztInnen um 30 Prozent gestiegen sind. Auch dafür steht nicht wirklich eine Erklärung in dem Bericht. Über 80 Prozent der Beschwerden beziehen sich auf die medizinische Behandlung, wobei hauptsächlich der Verdacht auf einen Behandlungsfehler geäußert wurde. Über die Ursachen, oder vermutete Ursachen, hüllt sich der PatientInnenanwalt in Schweigen.

Beschwerden über Honorare gibt es vor allem bei den ZahnärztInnen. Er weist am Schluss darauf hin, und das finde ich auch sehr gut, dass es hier eine gesetzliche Grundlage gibt. Das sollte man vielleicht in den Zahnarztpraxen aufhängen, welche Pflichten der Zahnarzt im Vorfeld hat, nämlich an Information, Kostenvoranschläge und so weiter. Was bei den Zahnärzten in der Regel nicht gemacht wird, oder bei Vielen nicht gemacht wird.

Bei den Altenwohn- und Pflegeheimen sind insgesamt nur fünf Beschwerden eingebracht worden. Ich hoffe ganz stark, dass das, wie gesagt, auch die Realität widerspiegelt. Denn das würde bedeuten, dass die allgemeine Zufriedenheit relativ groß ist. Hier gibt es einen Erklärungsversuch von Seiten des PatientInnenanwalts, warum das so ist.

Ich denke mir, das würde ich mir bei anderen Dingen auch wünschen, denn er kann bestimmte Vermutungen oder Dinge besser beurteilen, dass es auch Erklärungen gibt, warum das eine in die Richtung und das andere in jene Richtung geht.

Bei nachgewiesenen Behandlungsfehlern kommt es zu einem entsprechenden Schadenersatz. Die burgenländischen Krankenanstalten haben eine Haftpflichtversicherung, die einen Schadenersatz, der auf einem Behandlungsfehler beruht, entsprechend finanziell entschädigt. Das muss nachgewiesen sein.

Sie haben mich letztes Mal kritisiert, weil ich diese Zahlen erwähnt habe. Das heißt, erst dann, wenn natürlich ein Behandlungsfehler vorliegt, kann es Schadenersatz geben. Nur weil jemand einen Verdacht hat, zahlt niemand. (*Landesrat Dr. Peter Rezar: Wir leben in einem Rechtsstaat!*)

Ja, das ist in Ordnung. Aber trotzdem sind das Schadenersatzzahlungen für Behandlungsfehler, die hier letztendlich dann auch Entschädigungen bekommen. Im Jahr 2006 waren es 167.100 Euro. (*Zwischenruf von Landesrat Dr. Peter Rezar*) Es kann doch nicht so sein, wenn ich zum PatientInnenanwalt gehe und sage: „Ich habe irgendeinen Fehler bei einer Operation“ und er sagt: „Ja, Sie kriegen dafür eine Entschädigung.“ Ich meine, so wird es ja nicht funktionieren, nehme ich an, in unserem Rechtsstaat.

Seit 1. Juni 2006 ist das PatientInnenverfügungsgesetz in Kraft, die die Ablehnung einer medizinischen Behandlung für einen Behandlungszeitraum regelt, in der die PatientInnen nicht einsichts-, urteils- oder äußerungsfähig sind. Diese PatientInnenverfügungen können auch beim PatientInnenanwalt gemacht werden.

Hier hat man offensichtlich geglaubt, weil das dort kostenlos ist, dass dadurch dem PatientInnenanwalt die Tür eingerannt wird. Was sich jedoch nicht bestätigt hat, obwohl es anscheinend sehr viele Anfragen auf Information gegeben hat.

Der Bericht des PatientInnenanwaltes zeigt uns deutlich, wie wichtig es ist, dass es so eine Anwaltschaft gibt. Ich möchte mich auch ganz herzlich beim PatientInnenanwalt Dr. Weiss für seinen Bericht bedanken, weil er uns hier im Landtag auch einen sehr guten Einblick über diese Arbeit gibt.

Eine Kritik möchte ich am Schluss meines Debattenbeitrages zu diesem Bericht noch machen. Der Bericht ist nicht gegendert. Ich ersuche, das beim nächsten Bericht zu tun.

Wir werden der Novelle zum Burgenländischen Gesundheitswesengesetz und dem Bericht des PatientInnenanwalts unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei den Grünen)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Ilse Benkö das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ):** Danke. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag, der eine Änderung des Burgenländischen Gesundheitswesengesetzes vorsieht, wurde aus zwei Gründen notwendig.

Erstens, findet der neue Finanzausgleich seinen Niederschlag und zweitens, wird damit die neue 15a-Vereinbarung über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Landesgesetz umgesetzt.

Diese 15a-Vereinbarung hat der Burgenländische Landtag heuer im Feber beschlossen. Wir haben nicht zugestimmt und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen, die wir angestellt haben. Ich habe mich bei meiner Wortmeldung im Feber für eine umfassende Strukturreform des österreichischen Gesundheitswesens ausgesprochen.

Die alte SPÖ/ÖVP-Bundesregierung hat dies nicht zustande gebracht und ist - zum Glück muss man sagen - mit ihren Plänen einer Ökonomisierung des Gesundheitswesens eindrucksvoll gescheitert. Allen verantwortungsbewussten Politikern in Österreich ist klar, dass das System von Grund auf reformiert werden muss. Es geht dabei nicht nur um die Krankenkassen, die reif für den Konkursrichter sind. Es muss auch die zukünftige Finanzierung der Spitäler in eine Reform miteinbezogen werden. Dass die Spitzen von SPÖ und ÖVP noch zu den verantwortungsbewussten Politikern in Österreich zählen, geschätzte Damen und Herren, darf bezweifelt werden.

Die Frau Kollegin Krojer hat es richtig ausgeführt. Denn allem Anschein nach dürfte die neue große Koalition nur um einige Mandate leichter als zuvor, nicht aber im Traum an eine umfassende Reform denken.

Meine Damen und Herren! Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen es im Gesundheits- und Pensionssystem und überhaupt im gesamten Sozialsystem an allen Ecken und Enden kracht, brauchen wir eine Reform.

Auch die Frau Kollegin Krojer hat es angeführt, nicht nur der Rechnungshof, Frau Kollegin Krojer, auch das Institut für Höhere Studien, IHS, und Gesundheitsexperten sehen im Gesundheitssystem ein Einsparungspotential bis zu drei Milliarden Euro, meine Damen und Herren. Man höre und staune, bei qualitativ gleichbleibender Leistung. Das kommt noch dazu.

Was machen unsere Antihelden von SPÖ und ÖVP? Wie es aussieht, wird es auch bis auf weiteres leider, leider Gottes keine Reform geben.

Ähnliches gilt, das sind wir auch schon gewohnt, für die Staats- und Verwaltungsreform, die auf Grund der brillanten Verhandler, das Versagen ist ja eine Katastrophe, nicht einmal in Angriff genommen wird.

Der Herr Landeshauptmann, den möchte ich auch gerne ansprechen, ist leider nicht da. Aber er wird den Bürgern draußen erklären müssen, warum die Belastungen steigen und die Leistungen in allen Bereichen sinken werden. Sie verursachen nur neue Schulden und sind nicht bereit, im eigenen Bereich zu sparen. Das ist traurig, aber wahr.

Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Gesundheitsreform muss es vor allem zu einer Optimierung der Finanzströme kommen. Wir von der FPÖ sprechen uns für die Finanzierung aller Gesundheitsleistungen aus einem Topf aus. Die im Februar beschlossene 15a-Vereinbarung sieht lediglich eine Verwaltung des bestehenden Systems vor. Zumal wir auch mit dem neuen Finanzausgleich nicht glücklich sind, würden wir auch heute der Änderung dieses Gesundheitswesensgesetzes nicht zustimmen können.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich komme nun zum Bericht des burgenländischen Gesundheits- und Patientenanwaltes über die Tätigkeit der Jahre 2006 und 2007, der heute unter dem 4. Punkt der Tagesordnung aufscheint.

Der Bericht zeigt, dass die Arbeit vom Herrn Dr. Weiss mehr und nicht, Herr Kollege, weniger wird. Die Zahl der Beschwerden ist insgesamt ansteigend. Die Fälle sind teilweise durchaus komplex. Daher, weil sie komplex sind, auch sehr arbeitsintensiv.

Neben der Bearbeitung von Beschwerden, wenn Sie den Bericht angeschaut haben, hat der Patientenanwalt noch viele andere Aufgaben. Er ist Mitglied in der ARGE Patientenanwälte, außerdem hat er den Sitz in weiteren elf Kommissionen, Beiräten, Räten und in der Schlichtungsstelle der Ärztekammer. Nebenbei hält Herr Dr. Weiss im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Patientenanwaltschaft regelmäßig Vorträge für verschiedene Institutionen. All das erledigt der Patientenanwalt weitgehend allein.

Ihm steht lediglich eine einzige Mitarbeiterin zur Verfügung. Auch seine finanziellen Mittel sind begrenzt. An dieser Stelle und von hier aus, möchte ich dem Herrn Dr. Weiss meinen Respekt für die Leistungen, die er trotz knapper Ressourcen erbringt, aussprechen.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! In der letzten Landtagssitzung, das hat die Frau Kollegin Krojer auch schon angesprochen, haben Sie im Alleingang eine Erweiterung der Agenden des Patientenanwaltes auf die Behinderten beschlossen. Lediglich 5.000 Euro sollen der Anwaltschaft dazu zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Weiss nimmt im vorliegenden Bericht bereits auf die neuen Kompetenzen Bezug. Er spricht natürlich von einem wesentlichen zusätzlichen Aufwand, Herr Kollege, der zu erwarten sei. Außerdem stellt er die Notwendigkeit von zusätzlichem Personal und baulichen Adaptierungen seiner Büroräumlichkeiten in Aussicht.

Meine Damen und Herren! Wir und nicht nur wir, haben bereits in der letzten Landtagssitzung genau darauf hingewiesen. Sie haben, wie so oft gemeint, man werde nach einer gewissen Zeit evaluieren und danach beurteilen, ob zusätzlich personelle oder finanzielle Mittel notwendig sind. Zusätzliche Mittel werden jedenfalls notwendig sein, das kann ich Ihnen heute und hier jetzt schon sagen. Sie wären gut beraten, bereits auch heute darüber diesbezügliche Schritte zu setzen.

Insgesamt halte ich Ihren Beschluss vom letzten Mal, ich bleibe nach wie vor dabei, für verantwortungslos und eine Beleidigung. Einerseits setzen Sie eine ohnehin bereits ausgelastete Patienten-anwaltschaft zusätzlich unter Druck und zusätzlichen Belastungen aus und andererseits brüskieren Sie unsere behinderten Mitbürger, indem Sie Ihnen zu verstehen geben, dass Sie ihre Interessen für zu unwichtig halten, um einen eigenen Behindertenombudsmann zu installieren.

Also ich halte es und ich bleibe bei meiner harten Ausdrucksweise, gelinde gesagt für eine Frechheit behinderten Menschen gegenüber, nämlich behinderte Menschen mit Kranken gleichzusetzen und mit diesem Beschluss die Patienten-anwaltschaft derartigen Druck auszusetzen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Eines verspreche ich, wir werden uns die weitere Entwicklung der Patienten-anwaltschaft sehr genau ansehen. Sie erfüllt eine wichtige Kontrollfunktion im Bereich der Gesundheitsversorgung. Sie dient dem Patienten im wahrsten Sinne des Wortes an Anwalt, der Missstände aufzeigt. Sie achtet auf die Qualität und weist auf mögliche Verbesserungen hin. Noch einmal ein Dankeschön an Herrn Dr. Weiss. Ihren Tätigkeitsbericht nehmen wir gerne zur Kenntnis. *(Beifall des Abg. Ing. Rudolf Strommer)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Werner Gradwohl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Gesundheit ist das höchste Gut in unserem Leben das wir haben.

Dieser Stehsatz wird sehr oft im privaten Bereich, aber auch im gesellschaftspolitischen Jargon verwendet. Gerade deshalb braucht es im öffentlichen Gesundheitssystem Parameter und Standards, die auf gesetzlicher Basis beruhen. Genauso wie Kontrollmechanismen und Prüfkriterien.

Der heute vorgelegte Bericht der Patienten-anwaltschaft an den Burgenländischen Landtag, ist Teil einer derartigen Analyse der Qualität eines Spektrums unseres Gesundheits- und Sozialsystems. Das zur Novellierung vorliegende Burgenländische Gesundheitswesengesetz, als zweiten Punkt zu dem ich heute spreche, trägt mit der 15a-Vereinbarung über die Organisation sowie Finanzierung des Gesundheitswesens, zu einer Evaluierung der Standards österreichweit bei, neben legislativen Anpassungen, die notwendig sind.

Hohes Haus! Wir stimmen dieser Novelle zu, weil in den zentralen Punkten überregionale und bundesweite Koordinierungen und Abstimmungen in unserem ohnehin sehr breit gestreuten und gefächerten Gesundheitssystem unbedingt zielführend und notwendig sind, organisatorisch notwendig und vor allem aus finanziellen Erwägungen. Dabei ist eine inhaltliche Koordinierung und Weiterentwicklung der regionalen Strukturpläne Gesundheit, auch im § 12, Abs. 1 enthalten, notwendig und sinnvoll.

Genauso wie die Festlegung von Kapazitäten für die Erbringung von Leistungen bundesländerübergreifend standardisiert werden müssen. Es wurde bereits auf einige Punkte hingewiesen. Ebenso sind die angeführten Ziele der 15a-Vereinbarung, auf die diese Gesetznovelle beruht, Modelle zur sektorübergreifenden Finanzierung des ambulanten Bereiches zu erproben und umzusetzen.

Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Vor allem aber Herr Landesrat Rezar! Schon allein diese Herausforderungen, die auf das Gesundheitswesen in Österreich und

damit auch auf das Burgenland zukommen, erhöhen die Notwendigkeit der Umsetzung unserer VP-Forderungen, die bereits sehr, sehr oft von meinem Vorgänger Oswald Klikovits erwähnt und eingebracht worden sind. Nämlich drei Punkte daraus:

- Erstellung eines nachhaltigen Finanzierungskonzeptes. Wo ist es?
- Transparente und kollegiale Strukturen in der KRAGES. Wo sind sie?
- Langfristiges Konzept für die Umsetzung des österreichischen Strukturplanes Gesundheit, auf den wir warten.

Denn leider zeigen uns die Daten aus dem sogenannten Todesursachenatlas, dass das Burgenland weiterhin zu den traurigen Schlusslichtern im Gesundheitsbereich in Österreich zählt. Wie dies auch augenscheinlich bei den Herz-Kreislaufkrankungen der Fall ist, wo Sie jetzt, Herr Landesrat, spät aber doch, mit einem Sonderprogramm, wie wir gestern gehört haben, reagieren. Anstatt schon jahrelang zu agieren, wie dies in anderen Bundesländern mit niedrigeren Sterblichkeitsraten schon lange der Fall ist, Herr Landesrat.

Man soll mit diesen Daten natürlich sehr vorsichtig umgehen, aber sie stammen von der Österreichischen Statistik. Leider sind hier der Bezirk und die Region mit der höchsten Sterblichkeit der Bezirk Oberwart und damit Südburgenland. Er weist beispielsweise im Österreichdurchschnitt, was die sonstigen Krankheiten betrifft, ein Plus von 22 Prozent und bei den Herz-Kreislaufkrankungen ein Plus von 18 Prozent auf.

Ich weiß schon, dass es hier auch darum geht, das Oberwart ein Schwerpunktkrankenhaus hat und damit hier eine Konzentration erfolgt, aber von der Region aus, müssen wir uns generell überlegen, nicht immer zu reagieren auf diese Daten. Sie stammen natürlich von 1998 bis 2004. Ich gebe schon zu, dass hier einige Zeit vergangen ist.

Ich würde mir wünschen, dass sie verbessert worden sind, wird wahrscheinlich der Fall sein, aber im Österreichranking liegen wir, leider Gottes, nicht gut, wir liegen schlecht.

Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon bei meinen Ausführungen in der letzten Landtagssitzung, wo es um die Gesetznovelle zur Burgenländischen Patientenanzwaltschaft ging, meine persönliche Anerkennung für den burgenländischen Patientenanzwalt Dr. Weiss, sowie seiner Mitarbeiterin zum Ausdruck gebracht. Ich finde die Arbeit und das Engagement, insbesondere die verantwortungsvolle, behutsame, bedachtsame Aufarbeitung der Beschwerdefälle in diesem sensiblen Bereich, äußerst positiv und möchte das heute nochmals sagen.

Dafür unser voller Respekt und die nötige Unterstützung. Die Konsequenz daraus, die von den politisch und organisatorisch Verantwortlichen zu ziehen ist, um die dokumentierten Missstände zu beseitigen, fehlt uns sehr oft. Sehr oft fehlt uns diese Konsequenz. Herr Landesrat, das geht an Ihre Adresse, diese notwendigen wirtschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen zu setzen.

Ein erster Schritt dazu, ist eine umgehende Evaluierung, Behandlung und Diskussion des Bundes-Rechnungshofberichtes über die KRAGES, der von der Volkspartei im Vorjahr verlangt worden ist. Ich nehme an, jetzt in der Endphase seiner Umsetzung und seiner Vorlage ist. Ich gehe davon aus, dass er ehe baldigst dem Burgenländischen Landtag vorliegt und in die Diskussion über eine notwendige Neuorientierung des Gesundheits- und Spitalwesens einfließt.

Insbesondere die KRAGES braucht ein Gesundungspaket. Eine Neuordnung ohne parteipolitische Machtspiele. Ich setze Anführungszeichen das Wort jetzt weil es mir nicht

gefällt und weil es ein Grenzwort ist. One „Verfolgung“ von unliebsamen und in Ungnade gefallenen Personen wie es im Fall Ranftl gewesen ist und ist.

Die Gretchenfrage stellt sich schon auch, wenn jetzt tagaus, tagein immer gegen die Privatisierung geredet wird. Was machen Sie? Gretchenfrage: Wie halten Sie es mit der Privatisierung von Neudörfel? Verkauf an die VAMED? Wie halten Sie es, Herr Landesrat? Eventuell mit folgenden Verkäufen, Privatisierungen von Einrichtungen? Die Gretchenfrage zwei: Wie steht es, Herr Landesrat, Sie sind sicherlich am Wort, mit der wirtschaftlichen Situation der KRAGES?

Schlussendlich möchte ich, Hohes Haus, auf den vorliegenden Bericht der Patientenanwaltschaft drei Punkte herausgreifen. Die Wartezeiten, Punkt 9.3, da ist positiv hervorzuheben, dass nach einer Untersuchung der Zeitschrift Konsument, Ausgabe 2/2008 fast alle burgenländischen Fachärzte betreffend Wartezeit mit Sehr gut bewertet wurden.

Punkt zwei, auf den ich hinweisen möchte, die Patientenverfügung. Eine sehr, sehr wichtige und ernste Angelegenheit. Das heißt, eine Willenserklärung mit der ein Patient eine medizinische Behandlung ablehnt. In der burgenländischen Patientenanwaltschaft wurden 2006/07 relativ wenige derartige Verfügungen bekundet. Wird sicherlich in Zukunft, glaube ich, eine größere Rolle auch spielen.

Dritter Punkt. Die Beschwerde bei Sozialversicherungen und Pflegeheimen wurde schon darauf hingewiesen, im Punkt drei, fünf und drei, sechs.

Während Anzeigen über Sozialversicherungen im Berichtszeitraum 2006/07 jeweils 13 Fälle ausmachen, sind Beschwerden bei den Alten-, Wohn- und Pflegeheimen nur in fünf Angelegenheiten bei der burgenländischen Patientenanwaltschaft eingebracht worden.

Daher, schon die Tatsache allein, dass die personelle Ausstattung - auch darauf hat die Kollegin hingewiesen - der Patientenanwaltschaft mit dem Leiter und einer Mitarbeiterin pro Jahr insgesamt über 150 Beschwerdefälle zu bearbeiten hat, ist die zusätzliche Aufgabenübertragung mit den Agenden der Behindertenanwaltschaft als problematisch anzusehen.

Ich gehe gar nicht auf die inhaltliche Positionierung ein. Das haben wir erst letztes Mal weit zelebriert. Behinderte, sage ich jetzt noch einmal, sind nicht als krank anzusehen, und da gehören sie dort auch nicht hin.

Ich verweise daher ausdrücklich auf den Hinweis, der im vorliegenden Bericht auch ist, wörtlich, „dass ein wesentlicher zusätzlicher Arbeitsaufwand durch diese Beratungstätigkeit anfällt“.

Mit dem ausdrücklichen und kritischen Hinweis darauf und mit dem Fingerzeig, dass wir diese Entwicklung genau beobachten werden, stimmen wir dem Tätigkeitsbericht, der sehr professionell abgefasst ist, zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Präsident, jetzt ist er mir fort gegangen, Herr Präsident Prior und Herr Landesrat Rezar, hätte ich es doch am Anfang sagen sollen. Ich habe heute in der Früh bei dieser Gedenkveranstaltung Magenkrämpfe bekommen.

Ich sage es jetzt auch als Historiker, man kann Geschichte und die Vergangenheit in vielen Facetten betrachten. Man kann einen Schwerpunkt setzen oder einen anderen Schwerpunkt setzen, aber man darf nicht einäugig sein, meine sehr geschätzten Damen und Herren.

Diese zwei Reden, die waren passagenweise sehr, sehr einäugig und hätten einer Geschichtsaufarbeitung zur Folge, die ich, und nehme an, auch meine Fraktion, in keiner Form unterschreiben und unterstreichen darf.

Wenn man nur auf eine Seite hinzielt und auf einem Auge blind ist, wie das vorgekommen ist, dann muss ich die Geschichte auch zitieren und sagen. Geschätzte Damen und Herren von der Sozialdemokratie, es hat auch die Periode 34 bis 38 eine Vorgeschichte.

Es hat europaweit, mitteleuropaweit, aber auch in Österreich paramilitärische Verbände gegeben, die auch nicht demokratisch organisiert waren und die aufeinander geschossen haben.

Es hat ein Staatskanzler Renner den Anschluss an Hitlerdeutschland freudig begrüßt.

Auch das ist Geschichte, und ich möchte jetzt nicht mit dieser, auch jetzt einseitigen Betrachtung sagen, dass vielleicht das Regime zwischen 34 und 38 demokratisch war, aber zur Geschichte gehört eine gesamtheitliche Betrachtung.

Ich hoffe, wir haben hier in diesem Haus oder bei einer anderen Gelegenheit hier die Möglichkeit, darauf hinzuweisen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich mache keine Schuldzuweisung, aber ich nehme mir das Recht als Abgeordneter diesen Hohen Hauses heraus bei einer Rede, wo es auch kein Thema ist, darauf hinzuweisen, aus Aktualitätsgründen, aber nicht aus Gründen des Hasses, sondern aus Gründen, dass wir in der Zweiten Republik, also uns die Hand gereicht haben und das auch christlichsoziale Politiker die Ersten waren, die ins Konzentrationslager marschiert sind. Danke schön! (*Beifall bei der ÖVP*)

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch** (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Erich Trummer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Erich Trummer** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! So wie meine Vorredner bereits angemerkt haben, haben wir nicht nur die Novelle zum Burgenländischen Gesundheitswesengesetz und den Tätigkeitsbericht des Gesundheits- und Patientenanwaltschaft über die Jahre 2006 und 2007 in einer Debatte zusammengefasst, sondern offensichtlich ein Sammelsurium verschiedenster Themen, die da angesprochen worden sind.

Ich möchte schon auch auf einige Vorredner da eingehen, wenn beispielsweise der Herr Abgeordnete Gradwohl süffisant meint, Gesundheit ist das höchste Gut.

Herr Abgeordneter, dann frage ich Sie, wenn Sie dieser Meinung sind, warum haben Sie dann gegen das Gesundheitsbudget mit noch mehr finanzieller Ausstattung gestimmt? (*Abg. Mag. Werner Gradwohl: Wir haben ein eigenes eingebracht. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir haben ein eigenes.*) Warum lassen Sie nicht mehr finanzielle Mittel zu, mit Ihrer Blockiererei? Die SPÖ hat das alleine beschließen müssen, gegen Ihre Blockade. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie haben gegen unseres gestimmt. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich glaube, das demaskiert Sie auch und das entlarvt Sie auch ganz gut. Das zeigt auch Ihre falsche Information zum Todesursachenatlas. Ich möchte das ganz klarstellen, weil wir in vielen Bereichen viel besser sind als der österreichische Durchschnitt, das sagt dieser Todesursachenatlas.

Richtig ist vor allem deshalb auch, dass das Burgenland seit Jahren punkto Mortalität auf der Überholspur liegt. Das ist vor allem auch ein Produkt der SPÖ Gesundheitspolitik mit Landesrat Dr. Peter Rezar. Wir sind deswegen auch in der Altersstatistik vom Schlusslicht Österreichs, und das sind die konkreten Zahlen, das sind die konkreten Daten und Fakten, und das ist die Wahrheit, Herr Abgeordneter.

Von 1970 bis ins Jahr 2005 ist die Lebenserwartung der Männer um 11,2 Jahre gestiegen und beträgt jetzt 76,2 Jahre. Ein Jahr mehr als im österreichischen Durchschnitt.

Bei Frauen um 9,1 Jahr gestiegen auf 81,4 Jahre, und hier sind wir genau im österreichischen Durchschnitt. Das sind Zahlen, Daten und Fakten. Das ist der Erfolg der burgenländischen, sozialdemokratischen Gesundheitspolitik und keine Schlechtredei. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte kurz natürlich auch auf das Gesundheitswesengesetz eingehen, das, wie schon gesagt worden ist, eine rein legislative Anpassung an die neue Finanzausgleichsperiode von 2008 bis 2013 darstellt und natürlich auch die Artikel 15a-Vereinbarung eben auch betrifft.

Bevor ich natürlich auch hier der Frau Krojer und der Frau Abgeordneten Benkö durchaus auch Recht gebe, dass hier eine grundlegende Debatte gehört, möchte ich schon sagen, Frau Abgeordnete Krojer, zum Thema HPV:

Nach dem Prinzip „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ wird das auch nicht funktionieren. Weil zunächst einmal haben Sie diese HPV-Schutzimpfung gefordert *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich habe sie nicht gefordert.)* - wir können Sie erinnern -, dann haben Sie diese auch mitbeschlossen, dann haben Sie nach einigen Monaten vehement urgiert, wann die Umsetzung endlich einmal kommt.

Der Herr Landesrat hat mit sehr großer Verantwortung hier alles ... *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Sie sind absolut falsch informiert.)*, vor allem die Entscheidung der Bundesgesundheitskommission natürlich auch eingeholt und erst dann gehandelt. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Tatsächliche Berichtigung!)*

Jetzt kommen Sie mit der Kritik. Frau Kollegin Krojer, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Absoluter Blödsinn!)* immer dagegen sein, das ist auch nicht seriös. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn Sie mit Kritik an die Pharmaindustrie hier im Burgenländischen Landtag aufwarten, ich glaube, das ist ganz klar, dass Sie hier an der falschen Adresse sind. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Sanofi hat nichts gesponsert?)*

Aber, Frau Abgeordnete Krojer, Frau Abgeordnete Benkö, ich bin durchaus d'accord, auch mein persönlicher Wunsch ist, dass hier bald eine ausführliche Debatte über die Novelle des Gesundheitswesengesetzes aufgrund dieser umfassenden Gesundheitsreform erforderlich wird.

Ich bin auch der Meinung, das ist ein Thema, das den Menschen sehr wichtig ist und unter den Nägeln brennt. Das ist auch ein Thema, das die gesundheitspolitische Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern neu ordnet und sowohl die Finanzierungsströme nach dem Prinzip „Geld folgt Leistung“ neu regelt und natürlich auch eine Effizienzsteigerung für einen weiteren Ausbau der Gesundheitsversorgung vorsehen muss.

Wir stehen dazu. Werner Faymann und die SPÖ haben klar gesagt, dass das eine hohe Priorität genießt und vor allem, dass uns eine wirkliche Gesundheitsreform am Herzen liegt.

Ich sage schon auch ganz offen, Frau Abgeordnete Benkö, den Krankenkassenkonkurs, den Sie hier heraufbeschworen haben, dieser Konkurs, da sind Sie Verursacher durch Ihre Politik in der Bundesregierung mit der ÖVP aus dem Jahr 2002.

Sie haben bei dem Anschlag auf die Krankenkassen mitgewirkt. (*Abg. Johann Tschürtz: Das ist schon sechs Jahre her. Wachwerden! Sie schlafen noch!*) Sie sind hier Mittäter und haben den Krankenkassen die finanziellen Mittel entzogen.

Deswegen appelliere ich auch ganz klar an die ÖVP. Deswegen appelliere ich ganz klar, diesen eigenbrötlerischen Widerstand gegen die neue Koalition mit der SPÖ endlich aufzugeben, denn es ist ganz klar, auch eine Gesundheitsreform braucht, insbesondere nach den Ihren Gesundheitsministerinnen, die viele Chancen verpasst haben, um hier notwendige Reformen durchzuführen, eine gemeinsame Kraftanstrengung. Die steht uns ins Haus.

Die SPÖ wird natürlich dazu stehen und die SPÖ ist vor allem auch dafür bereit. Das haben wir auch den Österreicherinnen und Österreichern versprochen, und das werden wir auch so machen.

Nach den Berichten mit Ihrem Treffen mit Ihrem möglicherweise Parteiobmann Pröll in Mattersburg von dieser Woche. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Ihre Chance für einen konstruktiven Beitrag auf Bundesebene, glaube ich, liegt darin, dass Sie ganz einfach aufhören zu blockieren. Das wäre einmal ein konstruktiver Beitrag, den Sie leisten können.

Stellen Sie sich dieser Verantwortung auch im Sinne einer verbesserten bundespolitischen Gesundheitsrahmenbedingung für das Burgenland.

Meine Damen und Herren! Wie konstruktive Bundes-Gesundheitspolitik funktionieren kann, sieht man am Beispiel unseres Heimatlandes - nach dem Prinzip „Im Mittelpunkt steht der Mensch“.

Deshalb haben wir bereits im Jahr 2000 die Patientenanzwaltschaft installiert. Mit dem klaren Ziel, die Rechte der Patientinnen und Patienten zu wahren und die Anliegen oder Beschwerden dieser Menschen zu vertreten.

Heute können wir ein Ergebnis mit Stolz verzeichnen, dass es eine nicht mehr wegzudenkende Serviceeinrichtung für das gesamt Gesundheitswesen des Landes darstellt.

Der Tätigkeitsbericht belegt auch ganz klar und eindeutig, dass die Gesundheits- und Patientenanzwaltschaft in der Richtung sehr gut funktioniert. Dieser Bericht belegt auch, dass Dr. Weiss und seine Mitarbeiterin hier eine wichtige Arbeit, aber auch ganze Arbeit leisten.

Deswegen darf ich mich sehr, sehr herzlich bei Herrn Dr. Weiss und seiner Mitarbeiterin bedanken - im Sinne vieler Hilfesuchender, aber auch im Sinne der burgenländischen Gesundheitspolitik. (*Beifall bei der SPÖ*)

Dieser Bericht ist aber auch ein Beweis, dass im Burgenland der medizinisch, technische Fortschritt und die Menschlichkeit Hand in Hand gehen. Deshalb möchte ich auch nicht verhehlen, dass es ein großes Danke an den zuständigen Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar zu bemerken gibt. (*Beifall bei der SPÖ*)

Hohes Haus! Der Tätigkeitsbericht über die Jahre 2006 und 2007 zeigt, dass Dr. Weiss als verlässlicher Patientenanzwalt, vor allem in den Kernbereichen Krankenanstalten, Ärzte und Sozialversicherungsträger angerufen wurde.

Ganze 80 Prozent der Beschwerden beziehen sich auf medizinische Behandlungen, hauptsächlich auf den Verdacht von Behandlungsfehlern.

Die Erfahrungen der letzten sieben Jahre der burgenländischen Patientenanzwtschaft zeigen nicht nur, dass der Patientenanzwalt hier Ansprechpartner für hilfeschende Patienten ist, sondern auch für Angehörige der Gesundheitsberufe. Beispielsweise auch Interessensvertretungen und sonstige Organisationen suchen Rat und Unterstützung bei Herrn Dr. Weiss.

Deswegen hat der Patientenanzwalt auch bis dato bereits mit mehr als 800 Beschwerdeführern persönliche Gespräche geführt. Fast ebenso viele persönliche Gespräche mit Vertretern der Versicherungen, mit den Krankenanstalten, den Sozialversicherungsträgern oder der Ärztekammer. Ich glaube, das ist wirklich ein ganz, ganz großartiger Einsatz, eine unglaubliche Leistung, und dafür kann ich nur sehr herzlich gratulieren und danken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es zeigt auch ganz eindeutig, was Dr. Weiss noch gelungen ist, nämlich mit allen Behörden und sonstigen Einrichtungen gute Kontakte zu knüpfen und einen hohen Bekanntheitsgrad bei allen Patienten zu erreichen.

Es ist ihm vor allem auch gelungen, ihm persönlich gelungen, die Möglichkeiten des Patientenanzwaltes konkret darzustellen. Deshalb wird er auch als wichtige Serviceeinrichtung genutzt.

Deswegen hat es auch im Jahr 2007 157 Beschwerden zu verzeichnen gegeben. Das ist nur eine leichte Steigerung gegenüber dem Jahr 2006. Es ist sehr, sehr erfreulich, dass die Beschwerden über Krankenanstalten leicht zurückgegangen sind, nämlich um fünf Prozent.

Aber leider muss man auch anmerken, dass es hier eine satte Zunahme bei Beschwerden über freiberufliche Ärzte gegeben hat, nämlich um satte 30 Prozent.

Insgesamt verglichen mit den Jahren zuvor kann man allerdings von einer Abnahme der Beschwerden sprechen, und ich glaube, das ist auch ein gutes Zeugnis der burgenländischen Gesundheitspolitik.

Noch etwas Positives. Es ist bereits angesprochen worden, der Bereich Pflegeheime, wie auch in den Vorjahren hat man nur eine ganz, ganz geringe Anzahl von Beschwerden.

Ich bin natürlich auch der Meinung, dass die Arbeit des Patientenanzwaltes eine sehr vielfältige Arbeit und Aufgabenbereich darstellt.

Selbstverständlich ist die neue Aufgabe als Behindertenanzwalt auch eine gute Kombination für den Patientenanzwalt, weil das auch Synergien bringt. Deswegen gibt es auch natürlich die Aussicht von Landesrat Dr. Peter Rezar, wenn es einen zusätzlichen Aufwand, einen Zeitaufwand, einen Personalbedarf gibt, wird man nach einer Evaluierungszeit auch darüber sprechen.

Deswegen ist es, glaube ich, auch ganz wichtig zu behaupten, dass es seit dem Jahr 2006 eine wichtige Aufgabe dazu gegeben hat, die auch hervorragend vom Herrn Patientenanzwalt bewältigt worden ist, nämlich die Rechtsberatung und Beurkundung zur Errichtung von Patientenverfügungen.

Herr Doktor Weiss hat hier auch bei der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit einen ganz zentralen Bereich. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg. Die Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf Rechtsinformation und wünschen diese auch natürlich

ganz ausdrücklich. Und dieses funktioniert durch einen hohen persönlichen Einsatz von Doktor Weiss bei verschiedenen Informationsveranstaltungen, aber auch bei den Sprechtagen in der Bezirkshauptmannschaft in Oberwart für den Landessüden. Das hat sich am besten bewährt.

Meine Damen und Herren! Der Patientenanwalt hat eine Schlüsselrolle in verschiedenen Kommissionen, in Beiräten, in Plattformen. Es ist eine wichtige Rolle, auch bei den Tagungen der ARGE Patientenanwälte Österreichs, wo hier das Burgenland im Jahr 2006 sogar Gastgeber war.

Der Patientenanwalt hat vor allem auch die Schlüsselrolle für die Menschen, die durch verschiedene Ursachen in Krankenanstalten zu unnötigen Schäden gekommen sind, aber eine klare Haftung eindeutig gegeben ist, hier sind viele Patientenentschädigungen aufgrund des Einsatzes des Patientenanwaltes vollzogen worden.

Deshalb gibt es bereits seit dem Jahr 2001 den Patientenentschädigungsfonds, finanziert eben durch die stationären Patienten, die pro Pflage tag in den Krankenanstalten 0,73 Euro zahlen müssen, aber dadurch auch beispielsweise im Jahr 2006 19 Fälle, in Summe über 149.000 Euro, zur Auszahlung gebracht worden sind. Im Jahr 2007 sechs Fälle mit über 36.000 Euro.

Es gibt aber auch einen Beschluss der ARGE Patientenanwälte vom November 2007 mit einem ganz wichtigen Vier-Punkte-Programm, der auch ein wichtiger Meilenstein für die Patientenrechte und Entschädigung darstellt.

Nämlich, zum einen eine gerechte Finanzierung, weil derzeit leider nur die Patienten in den Fonds einzahlen.

Zum Zweiten, dass der Zuständigkeitsbereich auch auf die niedergelassenen Ärzte und die privaten Krankenanstalten oder andere Gesundheitsbereiche ausgedehnt wird und vor allem, dass auch eine vereinheitlichte Struktur in der Entschädigungskommission zustande kommt und einheitliche Entschädigungskriterien angepasst werden.

Das fordert im Übrigen auch der Rechnungshof. Hier wird es auch zu Vorschlägen einer Harmonisierung kommen. Auch der Aufbau einer zentralen Entscheidungsdatenbank ist in Arbeit. Es ist insgesamt ein wichtiger Schritt für mehr Einblick, für alle Betroffenen in die Entscheidungsprozesse.

Meine Damen und Herren! Abschließend noch einmal ein recht herzliches Danke an den Patientenanwalt Dr. Weiss für seine Leistung, aber auch ein recht herzliches Danke an Landesrat Dr. Peter Rezar, für den die Sicherung der Qualität der Leistungen im Gesundheitswesen eine unabdingbare Voraussetzung für die Erweiterung des Leistungsangebotes im Burgenland darstellt.

Wir werden als SPÖ jedenfalls die Zustimmung zum Gesundheitswesengesetz und dem Tätigkeitsbericht des Patientenanwaltes geben. *(Beifall bei der SPÖ).*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Landtagsabgeordnete Maga. Margarethe Krojer gemeldet. Ich darf auf § 65 GeOLT hinweisen.

Eine tatsächliche Berichtigung hat mit der Wiedergabe der zu berichtenden Behauptung zu beginnen und hat dieser Behauptung den berichtigten Sachverhalt gegenüberzustellen.

Verstößt ein Redner gegen diese Bestimmung, ist ihm durch den Präsidenten das Wort zu entziehen.

Darüber hinaus darf eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE):** Herr Kollege Trummer! Sie haben vorhin behauptet, wir hätten die HPV-Impfung gefordert. Dann hätten wir die Impfung noch einmal eingefordert, weil sie noch nicht umgesetzt ist.

Sie hätten sich bitte besser informieren sollen. Dann hätten Sie gewusst, dass das nicht stimmt.

Tatsächlich ist wahr, dass es einen ersten Antrag der ÖVP gegeben hat, die ihn dann zurückgezogen hat.

Dass es einen Dringlichkeitsantrag der SPÖ gegeben hat, in der sich ÖVP und SPÖ in ziemlich großer Euphorie gegenseitig erzählt haben, wie wichtig diese HPV-Impfung ist.

Wir haben uns damals mit diesem Thema erst sehr kurz auseinandergesetzt, und ich habe mich hier persönlich sehr kritisch geäußert zu dem, habe auch die Nachteile hier angeführt. Sie können das meinem Redebeitrag aus dem Protokoll entnehmen.

Wir haben dann, es ist richtig, letztendlich zugestimmt, weil wir uns auch unter Druck gesetzt gefühlt haben, so wie viele Mütter und auch viele Mädchen sich jetzt unter Druck gesetzt fühlen.

Dann hat es das tote Mädchen in Oberösterreich gegeben.

Dann hat es einen Brief vom Herrn Landesrat Rezar an die Gemeinden gegeben: Stopp! Zurück! Jetzt nicht! Das muss erst geklärt werden!

Und dann ist die große Informations- und Werbe-Marketingkampagne gekommen, wo ich gerne gewusst hätte: Wer hat diese Kampagne bezahlt? Wer hat die Information für die Direktoren gemacht? Wer hat diese Information bezahlt?

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Sie besser recherchieren, dann wüssten Sie genau, wie die Abläufe waren. *(Beifall bei den Grünen)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Peter Rezar das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst für die Debattenbeiträge bedanken und darf vielleicht zu diesen Beiträgen einige Anmerkungen machen.

Frau Klubobfrau Krojer! Sie haben heute wieder von diesem Entschädigungsfonds gesprochen und haben diesen Entschädigungsfonds, den es gibt, für verschuldensunabhängiges Haften gegenübergestellt Verhaltensweisen von Ärzten, die zu Schäden führen.

Ich gehe davon aus, dass Sie ohnehin nur fahrlässiges Handeln hier gemeint haben können. Wenn ein Arzt, wenn eine Ärztin im Falle von Handlungen, die nicht lege artis durchgeführt worden sind, und wenn es hier zu einem Schaden oder zu einer Schädigung für einen Patienten oder eine Patientin kommt, so gelten selbstverständlich alle Haftungsregeln. Dafür gibt es Versicherungen.

Der Entschädigungsfonds, von dem Sie heute gesprochen haben, spricht ausschließlich verschuldensunabhängige Schadensereignisse an.

Das heißt, wenn lege artis vorgegangen worden ist und wenn dennoch ein Schaden eingetreten ist, dann gibt es eben diesen Fonds. Das ist der Unterschied.

Das habe ich Ihnen schon versucht ... (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ja, aber es muss ein Schaden eingetreten sein. Das ist ja klar.*) Sie haben aber hier von schuldhaftem Verhalten, ich sage nochmals in Klammer ... (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich habe gesagt, es muss ein Schaden eingetreten sein.*) Ja gut, wenn kein Schaden eintritt, brauchen Sie keinen Fonds, (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Dann brauche ich keine Entschädigung.*) dann brauchen Sie auch keine Haftungen, das ist doch selbstverständlich. Also hier können wir uns schon verständigen.

Sie haben heute nochmals - deswegen ist es mir aufgefallen -, ich habe das schon versucht, Ihnen letztes Mal zu erklären, dass es hier ausschließlich um Schadensereignisse geht, die eintreten, ohne dass einem Arzt, einer Ärztin Fahrlässigkeit vorgeworfen werden kann, oder Handlungen, die nicht lege artis sind. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Aber es gibt ja ein Verschulden, wenn ein Schaden eingetreten ist. Nur dass die nicht immer geklärt werden. Das ist schon klar. Dass dieser Fonds für den Schaden ... - Abg. Johann Tschürtz: Setzt Euch zusammen!*)

Ein verschuldensunabhängiges Schadensereignis impliziert, Frau Abgeordnete, (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich hoffe, dass Sie auch immer so genau bei der Wortwahl sind.*) dass kein Verschulden vorliegt, sonst hätte man ja es sehr, sehr einfach im Rahmen des Zivilrechtes hier mit entsprechenden Schadensersatzansprüchen durchzukommen.

Ich glaube, dass war wichtig, diesen Fonds einzurichten, nämlich, um auch jenen Patientinnen und Patienten helfen zu können, die einen Schaden erlitten haben, ohne dass Verschulden vorliegt. Und das bitte ich Sie, bei Ihren künftigen diesbezüglichen Äußerungen zu berücksichtigen, sonst muss ich immer wiederum diesen Hinweis strapazieren.

Sie haben heute neuerlich, und auch die Kollegin Benkö hat es wieder gemacht, den untauglichen Versuch unternommen, den Behindertenanwalt als Patientenanwalt anzusprechen.

Der Behindertenanwalt ist, wenn ihm eine Beschwerde zukommt, aus dem gesamten Behindertenbereich, (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Er ist offensichtlich nicht ausgelastet.*) Behindertenanwalt und nicht Patientenanwalt. Und ich bitte Sie, das ebenso zu berücksichtigen.

Sie haben heute wieder hier gesagt, dass behinderte Menschen keine kranken Menschen sind. Das hat überhaupt niemand behauptet!

Aber wir haben im Burgenland den Versuch unternommen, und das haben wir mit dem letzten Beschluss zweifelsohne, dass wir die guten und die sicheren Erfahrungen, die wir aus der Patienten- und Gesundheitsanwaltschaft in den letzten Jahren gemacht haben, diese weitreichenden Behördenkontakte, die Synergiemöglichkeiten, die wir haben, die Erfahrungen aus Beschwerdeabläufen und selbstverständlich auch die Begutachtungen, zu nutzen

Und Sie werden nicht einen einzigen Fall hier nennen können, wo wir nicht die budgetäre Bedeckung gehabt haben, wenn wir Gutachten einholen.

Unser Behindertenanwalt ist Jurist und muss natürlich bei Sachfragen entsprechende Gutachten einholen. Da geht es nicht um 5.000 Euro. Sie machen sich doch lächerlich. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Null Zeit mehr. Wo?*) Selbstverständlich wird alles, was hier im Zuge eines Beschwerdeverfahrens eingeholt werden muss, vom

Land Burgenland getragen. Das ist eine Erfahrung aus unserer Budgetverantwortung, dass wir das tun.

Auch die dem Gesundheits- und Patientenanwalt zur Verfügung stehenden Mittel werden von ihm laufend für derartige Angelegenheiten in Verwendung genommen. Deswegen gibt es ja diese Mittel.

Ich mache auch noch einmal, weil ich es das letzte Mal auch getan habe, darauf aufmerksam, dass wir gesagt haben, wir wollen sehen, was die Erfahrung zeigt. Wir wollen evaluieren und wollen selbstverständlich, wenn es notwendig ist, dem Behindertenanwalt Dr. Weiss im Falle der Notwendigkeit auch mehr Personal, mehr finanzielle Mittel, ... *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das ist das Mindeste.)*

Ja, aber Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen, weil Sie heute wieder die selbe Leier erzählt haben, wie das letzte Mal. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: So wie Sie die gleiche Leier erzählen.)*

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir hier auf einem guten Weg sind und dass wir alles daran setzen werden, dass wir auch die vernünftigen und notwendigen Unterlagen und die Basis für den Behindertenanwalt im Sinne behinderter Menschen im Burgenland schaffen wollen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zur HPV-Impfung, Frau Abgeordnete Krojer. Sie wissen, dass ich gerade in dieser Frage sehr, sehr vorsichtig gewesen bin, dass auch aufgrund der Sensibilität dieses Bereiches und der Vorfälle, die es in Österreich gegeben hat. Impfprogramme sind weltweit, europaweit, natürlich auch mit gewissen Risiken verbunden.

Deswegen war es mir wichtig, auch die Bundesgesundheitskommission neuerlich mit dieser Frage zu befassen und zu beschäftigen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das Bundesministerium hat keine Empfehlung ausgesprochen.)*

Sie sitzen ja in der Bundesgesundheitskommission. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Nein! Das Bundesministerium hat keine Empfehlung ausgesprochen.)* Sie wissen das ganz genau. Es ist ja gut, dass Sie dort sitzen und dass Sie so einen weiten Erfahrungsschatz haben. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Keine Empfehlung ausgesprochen! Aus ganz bestimmten Gründen!)*

Ich sage Ihnen, ich habe dort sogar den Antrag gestellt, dass der oberste Sanitätsrat neuerlich mit dieser Frage befasst wird, weil es mir wichtig ist, in solchen sensiblen Fragen eine ganz genaue Expertise vorliegend zu haben.

Der oberste Sanitätsrat hat sich dafür ausgesprochen. *(Zwischenruf der Abg. Maga. Margarethe Krojer)* Es gibt auch eine entsprechende Expertise des Ministeriums. Vielleicht kennen Sie sie nicht, obwohl Sie Mitglied der Bundesgesundheitskommission sind? *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das ist so tief. Das haben Sie nicht notwendig.)*

Ich sage Ihnen heute wirklich, das, was Sie hier machen, ist wider besseres Wissen.

Und ich sage Ihnen auch, Sie sind Pädagogin, ich bin Jurist, ich verlasse mich ausschließlich auf Expertenmeinungen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Genau! Boltzmann-Studie hat „Nein“ gesagt!)*

Wenn die Expertinnen und Experten des obersten Sanitätsrates diese Impfung empfehlen, wenn namhafte Gynäkologinnen und Gynäkologen Österreichs und auch des Burgenlandes *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Deswegen habe ich das heute ausgeführt.)* diese Impfung empfehlen, dann habe ich keinen Grund als Jurist dagegenzusprechen,

weil mir die Argumente fehlen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Kritisch zu hinterfragen kann man immer.)*

Ich darf Ihnen auch berichten, dass die Expertinnen und Experten, wozu wir beide als Nichtmediziner nicht zählen, den burgenländischen Weg ausdrücklich gelobt haben. Dieser Weg hat allerdings nicht nur die Impfung zum Inhalt, weil durch diese Impfung auch nur ein 70-prozentiger Schutz gewährleistet ist, da nur vier und nicht alle Stämme darauf ansprechen.

Unser burgenländisches Konzept ist in der Prävention sehr viel weitreichender und sieht auch vor, dass es natürlich die jährliche Untersuchung beim Gynäkologen gibt. Dem PAP-Abstrich.

Das war es insgesamt, was dieses Burgenlandkonzept so auszeichnet. Das ist von allen Expertinnen und Experten, auch außerhalb unseres Bundeslandes, überaus gelobt worden. Sie wollen das heute, leider Gottes, schlechtreden, aber es ist Ihre Angelegenheit. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Die Frage ist, wer Sie gelobt hat? Wenn Sie von Sanofi gelobt wurden, na dann ist das Lob wohl bedenklich.)*

Ich habe von Expertinnen und Experten gesprochen, von Gynäkologinnen und Gynäkologen. Sie haben mir nicht zugehört, denn ich habe in diesem Zusammenhang die Pharmaindustrie nicht apostrophiert. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wer hat denn die Werbekampagne im Burgenland bezahlt? Wer hat sie nun bezahlt? Das Land?)* Ich habe auch nichts davon, von der Pharmaindustrie gelobt zu werden. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wer hat sie nun bezahlt? Das möchte ich wissen. Wer hat die Werbekampagne im Burgenland bezahlt? Das Land?)* Sie haben mir ja eine Frage gestellt! Ich werde zu diesen Fragen in der Fragestunde gerne Auskunft geben. Wir werden in der nächsten Landtagssitzung dazu Gelegenheit haben.

Sie haben auch auf die Gesundheitsreform Bezug genommen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir hätten auch heute Zeit, um das zu klären. Wir könnten es uns gleich heute anhören.)* Sie hätten heute Zeit! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Fragestunde war schon.)* Ich habe auch Zeit, denn ich könnte Ihnen jetzt natürlich sehr detailreich all diese Dinge darlegen, möchte aber schon auch noch zur Tagesordnung sprechen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich möchte gerne wissen, wer diese Kampagne im Burgenland bezahlt hat.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben die Gesundheitsreform angesprochen. Hier kann ich Ihren Ausführungen über weite Strecken folgen, denn es sind hier viele Fragen, beginnend mit den Defiziten in den Kassen, bis hin zu Fragen der Krankenanstaltenfinanzierung ungelöst. Ich darf Ihnen aber aus der Sicht unseres Heimatlandes Burgenlandes sagen, dass wir ein sehr umfassendes Konzept mit einem klaren Bekenntnis zu allen burgenländischen Spitalstandorten haben.

Dass wir in den letzten Jahren alle Standorte generalsaniert, ausgebaut und mit neuen Leistungsschwerpunkten versehen haben. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen, denn wir haben hier immense Mittel zur Verfügung gestellt.

Wenn sich der Kollege Gradwohl hier alteriert, dann hat ihm der Herr Abgeordnete Trummer, glaube ich, eine entsprechende Antwort bereits gegeben. Finanzkonzepte einzufordern, aber gegen das Krankenanstaltenbudget zu stimmen, damit gegen die Burgenländischen Krankenanstalten, gegen die Weiterentwicklung und den weiteren Ausbau zu stimmen, das ist nicht schlüssig.

Im Übrigen darf ich, wie ich das auch mehrfach hier bereits dargelegt habe, sagen, dass natürlich bereits der Regionale Strukturplan Gesundheit-RSG für das Burgenland vorliegt, dass wir aber in Folge der noch nicht vorliegenden Rechnungshofberichte mit der

Veröffentlichung und mit der Beschlussfassung zuwarten, weil allenfalls Empfehlungen des Bundes-Rechnungshofes in diesen RSG einfließen müssen, denn sonst würden wir uns neuerlichen Beschwerden aussetzen.

Wenn hier der Todesursachenatlas apostrophiert worden ist, dann darf ich Ihnen berichten, dass, wenn Sie ihn zurückverfolgen, Sie feststellen werden, dass sich das Burgenland nachhaltig verbessert hat. Es ist richtig, dass es noch einige Bereiche gibt, wo wir im Burgenland Schwächen haben. Das ist der Bereich der Herz-Kreislauf-Erkrankungen und das ist bei den Frauen das Mammakarzinom, das noch immer die häufigste Todesursache ist. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: 17 Erkrankungen im Jahr bei Frauen. 17 Frauen.*) Beim Mammakarzinom? (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Entschuldigung! Da war ich jetzt wohl woanders.*) Sie machen ständig Ihre eigenen Zwischenrufe, für die sind Sie selbst verantwortlich.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich war erst gestern mit Vertretern des Fonds Gesundes Österreich zusammen, die das Burgenland ob der Erfolge in der Gesundheitspolitik und der Erfolge in der Präventionspolitik ausdrücklich gelobt haben.

Wenn Sie allein die Entwicklungen in der Lebenserwartung der jüngeren Geschichte unseres Heimatlandes verfolgen, dann haben Sie ein signifikantes Ansteigen der Lebenserwartung vor Augen. Ich kann hier schon auch eine Korrelation mit der Gesundheitspolitik und mit den guten Rahmenbedingungen der Gesundheitspolitik in unserem Heimatland herstellen, denn wir sind Spitzenreiter Österreichs was die Vorsorgeuntersuchungen anlangen.

Wir haben im Jahr 2007, im vorigen Jahr, hier Zuwächse von 11,9 Prozent zu verzeichnen gehabt, im übrigen Österreich waren es 3,6 Prozentpunkte. Wir liegen mit 18,9 Prozentpunkten der gesamten über 18-jährigen Bevölkerung in Österreich in einer Spitzenposition vor Tirol und vor Vorarlberg. Wir haben hier den Sprung an die Spitze geschafft. Darauf sind wir sehr stolz.

Ich sage aber auch dazu, dass es dennoch eine Herausforderung ist, weil 81 Prozent der Bevölkerung noch nicht zur Vorsorge kommen. Hier werden wir weiter arbeiten und werden alles daran setzen, dass wir diese Erfolge auch künftighin prolongieren können, denn der Mensch wird auch künftighin im Mittelpunkt der Gesundheits- und der Sozialpolitik in unserem Heimatland stehen. Dafür garantiert die Sozialdemokratie, die ohne Einschränkungen dem Gesundheits- und dem Sozialbudget die volle Zustimmung erteilt hat. (*Beifall bei der SPÖ*)

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. (*Abg. Werner Brenner: Ich verzichte!*)

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.